



Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

11.3.2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien setzen zu lassen:

Dichtheitsprüfungen privater Hausanschlüsse

In Leverkusen bleibt die Kanaldichtheitsprüfung außerhalb von Wasserschutzgebieten weiterhin ausgesetzt. Eine entsprechende Regelung wird in der Kommunalordnung festgeschrieben. Die 2012 beschlossene Satzung zur Kanaldichtheitsprüfung wird hiermit formell aufgehoben.

Im Falle von Kanalsanierungen städtischer Kanäle durch die TBL empfiehlt die Stadt Leverkusen den Anwohnern, die Dichtheitsprüfungen und ggf. Reparaturen privater Hausanschlüsse in Koordination mit der TBL-Maßnahme durchzuführen.

Begründung:

Die Landesregierung hat am 27.2.2013 ihr Gesetz zur Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserrohren durchgesetzt. Das bedeutet im Einzelnen:

1) Die Novelle des Landeswassergesetzes sieht die verpflichtende Dichtheitsprüfung nun in allen Wasserschutzgebieten vor. In diesen Gebieten müssen bis zum 31.12.2015 alle Abwasserleitungen überprüft und gegebenenfalls saniert werden. Dies gilt für Gebäude, die vor 1965 errichtet wurden. Besitzer jüngerer Gebäude haben bis zum 31.12.2020 Zeit.

2) Außerhalb solcher Wasserschutzgebiete sollen die Städte und Gemeinden per Satzung die Prüfintervalle selbst festlegen. Kurz gesagt: Der Streit über die Durchführung verpflichtender Dichtheitsprüfungen wird vom Landtag in die Gemeinden verlagert. Es handelt sich um eine **Kann**-Vorschrift für die Kommunen.

3) Die Stadt Leverkusen trägt dieser Kann-Vorschrift Rechnung und gibt ihren Bürgerinnen und Bürgern durch die entsprechende Satzungsänderung mehr Planungssicherheit hinsichtlich einer möglichen Dichtheitsuntersuchung. Es wird zukünftig nur noch empfohlen, eine Kanaldichtheitsprüfung mit der TBL zu koordinieren, wenn diese die öffentlicher Kanäle saniert.

Mit freundlichen Grüßen

TBc/L - ALJ

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens
Fraktionsvorsitzende FDP

CDU

Bündnis90/Die Grünen

Die Unabhängigen